

SÖREN BARTOL
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER

BERNHARD DALDRUP
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
KOMMUNALPOLITISCHER SPRECHER

KIRSTEN LÜHMANN
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
VERKEHRSPOLITISCHE SPRECHERIN



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Gesamtbetriebsrats-/Betriebsrats- und Personalratsvorsitzende der kommunalen, privaten und landeseigenen Verkehrsbetriebe

Berlin, den 07.12.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren eindrucksvollen Appell an die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages. Darin machen Sie einmal mehr den Handlungsbedarf deutlich, den Verwerfungen im Zuge von Neuvergaben im öffentlichen Nahverkehr etwas entgegenzusetzen. Auch wir sehen die Notwendigkeit, das Personenbeförderungsgesetz zu präzisieren. Wir wollen, dass Kommunen, Aufgabenträger und Genehmigungsbehörden in die Lage versetzt werden, rechtssicher die Anforderungen, darunter auch solche zu Sozialstandards, zu definieren und deren Einhaltung einzufordern. Wir wollen, dass eigenwirtschaftliche Anträge rechtssicher abgelehnt werden können, wenn diese verkehrliche, aber auch andere Anforderungen wie Arbeitsbedingungen unterlaufen. Eigenwirtschaftlichkeit und damit eine Bevorzugung gegenüber öffentlichen Dienstleistungsaufträgen darf nicht durch Sozialdumping erreicht werden. Das sind wir den Beschäftigten schuldig.

Darüber haben wir in den vergangenen Wochen intensive Gespräche geführt und sind, wie im Übrigen auch der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, zu dem Schluss gekommen, dass das Personenbeförderungsgesetz an dieser Stelle möglichst zügig noch in dieser Legislaturperiode präzisiert werden sollte. Leider konnten wir unseren Koalitionspartner bisher nicht davon überzeugen. Umso mehr freuen wir uns, dass nun die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Initiative ergriffen haben und den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Personenbeförde-



rungsgesetzes zum Schutz vor Lohndumping und zur Sicherung von Qualitäts- und Sozialstandards im öffentlichen Personennahverkehr (PBefG-Änderungsgesetz) in den Bundesrat einbringen. Wir unterstützen diese Initiative ausdrücklich und fordern Sie herzlich auf, die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der anderen Parteien um Unterstützung für diese Initiative zu bitten.

Mit solidarischen Grüßen

Sören Bartol

Sören Bartol

Bernhard Daldrop

Bernhard Daldrop

Kirsten Lüthmann

Kirsten Lüthmann